Bezugsgebühr
Monatlich Mk. 1.00, durch die Post Mk. 1.20.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–9 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. in Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile unterm Strich Einheitspr. 40 Pfg. Grundzeile für Vereine oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2c. 10 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.
Fernspr.-Amt I, No. 167.

„Invalidendank“
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Baby -Kleidchen -Jäckchen -Mäntel -Hütchen -Häubchen -Mützchen -Schuhchen -Söckchen
Hermann Arndt, Bautznerstr. 46.

Solide, elegante deutsche und **englische Tuchwaaren**
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse** (3 Raben).

Nr. 184. Spiegel: Italien, England und der Dreibund. Hofnachrichten. Volkstrachtenfest, Militäranwärter und Invaliden, Wendisches Museum, Regengüsse, Zoologischer Garten, Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßliche Witterung: Unsicher, kühl. | **Sonntag, 5. Juli.**

Politisches.

Der italienische Ministerpräsident hat dieser Tage in der Deputirtenkammer eine Aeußerung über den Dreibund gethan, die wegen ihres, man möchte sagen, grundstürzenden Charakters gegenüber den bisherigen Aufgaben und Zielen des Dreibundes zunächst eine Zurückhaltung in der Kritik geboten erscheinen ließ, bis sich die vermuthlich auf einem Versehen beruhende Darstellung des Vorganges aufgeklärt haben würde. Inzwischen ist zwar eine ministerielle Erklärung zu der Rudini'schen Rede erfolgt, aber nicht eine solche, deren Inhalt die Angriffspunkte in den Rudini'schen Auslassungen gründlich aus der Welt zu schaffen vermöchte. Es erscheint daher angezeigt, daß die nationale deutsche Presse offen zu der Angelegenheit Stellung nimmt, um allen Versuchen Dritter, von hinterrücks politische Kontrebande in den Dreibund einzuschmuggeln, von vornherein einen Riegel vorzuschieben.

Nach den ursprünglichen Berichten der deutschen und österreichischen Blätter hatte der Marchese di Rudini erklärt, die italienische Regierung beabsichtige, die Dreibundabmachungen zu verbessern. In der französischen und englischen Presse erschien die Meldung sogar in einer Form, die die Deutung zuließ, als habe Herr v. Rudini Schritte in der bezeichneten Richtung in Berlin und Wien bereits unternommen. Nach einem offiziösen italienischen Parlamentsbericht soll dagegen der Ministerpräsident nur gesagt haben, daß die Vervollkommnung und Verbesserung der Verträge die würdige und pflichtgemäße Aufgabe der Regierung sei. Ferner ist in einer offiziösen römischen Note eine weitere Abschwächung erfolgt, indem Herr v. Rudini darin feststellen läßt, er habe lediglich gesagt, „der Verbesserung des Dreibundes stehe nichts entgegen, wenn man im Einverständniß mit den Vertragsmächten die Opportunität einer Verbesserung erkennen sollte“. Aus all' diesen widersprechenden Angaben geht doch jedenfalls das Eine klar hervor, daß der Ausdruck von einer „Verbesserung“ des Dreibundes in der That gefallen ist und das allein ist des Pudels Kern. Denn worin sollte und könnte eine solche „Verbesserung“ bestehen? Nur darin, daß der Dreibund sich verpflichtete, die italienischen Mittelmeerinteressen zu garantiren. Das hieße mit anderen Worten, daß aus dem Dreibund statt eines Wächters des europäischen Friedens, der den europäischen festländischen Besitzstand der Bundesmächte gegen bewaffneten Angriff schützt, ein Bündniß mit aggressiven Tendenzen gemacht werden sollte, das die schwankenden Sonderinteressen der einzelnen Staaten garantirte. Ein Dreibund mit solchem Inhalt wäre zweifellos nicht mehr eine Friedensallianz. Der „casus foederis“ könnte dann jeden Augenblick willkürlich von einem der Verbündeten konstruirt werden und das Unheil wäre fertig. Mit Rücksicht auf diese Sachlage ist es sehr erfreulich und beruhigend, daß von Berlin aus alsbald eine kategorische offiziöse Zurückweisung der angeblichen „Verbesserungen“ des bestehenden Bündnißvertrages erfolgt ist. Auch in Wien soll man in maßgebenden Kreisen von der rednerischen Jrfahrt des Marchese di Rudini sehr peinlich berührt gewesen sein. Es verlautet sogar, daß der dortige italienische Botschafter auf eine Anfrage erwidert habe, das Telegramm über die fragliche Rede könne in der vorliegenden Form unmöglich genau sein. Wenn das richtig ist, so hätte der italienische Botschafter in Wien lediglich der Thatsache Rechnung getragen, daß der Dreibund, nachdem im Mai d. J. die Kündigungsfrist ohne Berufung seitens eines der Kontrahenten abgelaufen ist, ohne jedwede Aenderung auf weitere sechs Jahre fortbesteht und daß weder in Berlin noch in Wien irgendwelche Neigung besteht, an dem bestehenden Verhältniß zu rütteln, am allerwenigsten aber zu Gunsten von Bestrebungen, die dem defensiven Bündniß eine offensive Spitze geben möchten.

Da man annehmen muß, daß der italienische Ministerpräsident sich der Tragweite seiner Aeußerungen als gereifter Diplomat und Parlamentarier unter den obwaltenden Umständen bewußt gewesen sei, so erscheint es nöthig, einen Blick auf die Beweggründe zu werfen, die ihn möglicher Weise zu einem so verhängnißvollen Vorgehen bewogen haben könnten. In erster Linie dürfte für den italienischen Kabinetschef der Wunsch maßgebend gewesen sein, die aufgeregten Gemüther der Deputirten zu beschwichtigen. Verschiedene Redner hatten nämlich in leidenschaftlicher Weise auf die Gefahren hingewiesen, mit denen Italien durch das Coulissenspiel Frankreichs in Tripolis bedroht werde. Dabei war u. A. die Aeußerung gefallen, derartige französische Intriguen müßten eigentlich einen casus foederis bilden und wenn das nicht der Fall sei, so habe der Dreibund überhaupt keinen Zweck in Italien. Die Kammer hatte sich im Verlauf der Debatte in eine solche Hitze hineingeredet, daß das Ministerium wohl für seine Existenz fürchten mochte und in dieser Angst griff nun der Ministerpräsident nach dem Rettungsseil der Dreibunds-„Verbesserungen“, ohne in der Erregung des Augenblicks der Weiterungen zu gedenken, die aus der Anwendung eines so fragwürdigen Mittels sich nothwendig ergeben mußten. Das ist aber noch nicht Alles. Die Sache zeigt auch noch ein anderes Gesicht, bei dem das englische Profil scharf abgezeichnet zu Tage tritt.

Herr v. Rudini sagte in einer früheren Rede über den Dreibund u. A.: „Seit der Dreibund die Grundlage unserer Politik wurde, war ich auch überzeugt, daß der Bund durch den Anschluß an England seine Ergänzung finden müsse. Dieser Anschluß ist heute zur Thatsache geworden. Er wurzelt nicht in Gefühlen, sondern in einer Reihe gemeinsamer, großer, dauernder Interessen.“ Darnach ist anzunehmen, daß zwischen Italien und England eine besondere Abmachung besteht, auf Grund deren England Italien den Schutz seiner Küsten gewährleistet. Ein dahin gehendes Interesse Italiens liegt unzweifelhaft vor und Italien ist durch seine Stellung im Dreibund auch durchaus nicht behindert, nach dieser und jeder anderen Richtung für seine Sicherheit in der weitestgehenden Weise zu sorgen. Anders liegt aber die Sache, wenn Italien versuchen sollte, mit englischer Angel im Wasser des Dreibundes Fische zu fangen. Verschiedene Symptome, die in der letzten Zeit aufgetaucht sind, weisen darauf hin, daß zum Mindesten in London und desgleichen in gewissen analisirenden Wiener Kreisen stete Neigung besteht, einen solchen Fischfang durch italienische Vermittelung in's Werk zu setzen. Es ist daher die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß auch der jüngste Exkurs des Marchese di Rudini in das Gebiet der Dreibundpolitik einen anglo-austrischen Hintergrund haben könnte. Die Engländer scheinen überhaupt neuerdings wieder gewaltigen Appetit nach den Fleischtöpfen des Dreibundes zu verspüren. Sie wollen aber nur an der gemeinschaftlichen Mahlzeit mit theilnehmen, ohne etwas dazu zu thun. Das ließe sich England wohl gefallen, daß der Dreibund den ganzen kolonialen Besitzstand Englands garantirte; aber was könnte England dem Dreibunde gewährleisten, selbst wenn dieser verblendet genug wäre, um eine so unsinnige Verpflichtung England gegenüber einzugehen? Die Antwort auf diese Frage kann nach Lage der Sache nur so ungünstig ausfallen, daß, wie man auch immer die Sache betrachten möge, von einer förmlichen Aufnahme Englands in den Dreibund niemals die Rede sein kann. Ein solcher Akt würde gleichbedeutend sein mit einer Degradirung des Dreibundes zu einem bloßen Handlanger englischer Interessen. Um so beachtenswerther sind für uns die dahin zielenden Strebungen, die auf englischer Seite im Gange sind und denen, das darf man bei der Wichtigkeit der Sache für das an allen Ecken und Enden in der Klemme sitzende Inselreich als gewiß annehmen, der ganze englische Intriguenapparat dienstbar gemacht wird.

Die italienische Empfänglichkeit für die englischen Liebeswerbungen erscheint um so gefährlicher, als sie zugleich von österreichischer Seite unterstützt und genährt wird. Es giebt in Wien eine Richtung die im Widerspruch mit der offiziellen Regierungspolitik den Dreibund ebenfalls für österreichisch-italienisch-englische Sonderinteressen in Anspruch nehmen möchte. Das publizistische Organ dieser Richtung ist die „Neue Freie Presse“, in deren Spalten ja auch der englandfreundliche Klabautermann schon seit längerer Zeit sein Wesen treibt. Vom deutsch nachbarlichen Standpunkt können wir nur lebhaft wünschen, daß derartige Machenschaften, die u. A. auch auf eine „aktive“ österreichische Balkanpolitik hinarbeiten, niemals auf die Politik der Wiener Regierung irgendwelchen Einfluß gewinnen mögen, damit der diesseitigen Regierung jeder Anlaß zur Präzisirung ihres Standpunktes erspart bleibt. Für alle Fälle aber sei es nach beiden Richtungen hin ausdrücklich betont, daß Deutschland nun und nimmermehr in der Lage ist, darin einzuwilligen, daß dem Dreibunde auch nur ein Tüttelchen seines friedlichen Charakters genommen werde. In Berlin wird man sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß Deutschland bei jedem Eintreten für fremde Sonderinteressen der dupirte Theil wäre, weil keine Macht daran dächte, ihrerseits für deutsche Sonderinteressen Gut und Blut einzusetzen. Das hohe Ziel der deutschen Politik wird immerdar dasjenige sein, das Kaiser Wilhelm jüngst in Wilhelmshaven mit den Worten bezeichnet hat: „Unser deutsches Vaterland ist befähigt, Niemand zu Liebe und Niemand zu Leide seinen eigenen Weg zu gehen und stets für Frieden und Ordnung in der Welt einzustehen.“

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. Juli.

Berlin. Demnächst erscheint hier eine Broschüre, anscheinend zur Ehrenrettung des Herrn v. Kotze, unter dem Titel „Die anonymen Briefe der Hofgesellschaft und ihre Opfer“. Es wird darin u. A. mit Bestimmtheit ausgesprochen, daß die in Betracht kommende männliche Person das unbedingte Vertrauen hoher Militärs und Hofchargen besessen habe und daß die Mitverfasserin, eine Dame, mit einem sittlichen Defekt aus der Vergangenheit behaftet sei. Es wird berichtet, daß die Polizei, während Herr v. Kotze im Gefängniß war, benachrichtigt wurde, man möge im Boudoir einer gewissen aristokratischen Dame ein geheimes Fach öffnen, in demselben werde man Briefe finden, in denen der Name des anonymen Autors genannt sei. Die Polizei hat dies bestätigt gefunden. Der Verfasser der Broschüre zieht drei Kreise, innerhalb deren der oder die Briefschreiber ermittelt werden mögen. Der erste Kreis befaßt sich mit der Generation der älteren Hofleute, der zweite Kreis zieht den Thäter enger ein, indem er ihn als einen älteren Hofmann bezeichnet, der auf das Intimste mit den Eltern der vorerwähnten Aristokratin verkehrte. Der dritte Kreis endlich weist als besonderen Punkt eine Unterredung auf, die ohne Zeugen zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Hohenlohe stattfand und von der die verdächtige Person Kenntniß hatte.

Berlin. Der amerikanische Farmer Kneeas, der im Januar wegen raffinirter Betrügereien mit Hilfe des Rennpferdes, der Celly, das aber ein berühmtes Rennpferd, die Stute Bethela sein soll, zu 9 Monaten Gefängniß, 2 Jahren Ehrverlust 2c. verurtheilt worden war, stand heute, da das Reichsgericht seiner Revision stattgegeben hatte, wieder vor der 4. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. Kneeas blieb dabei, daß es sich um zwei verschiedene Pferde handle und zeigte Photographieen der in Amerika befindlichen Bethela vor. Der Gerichtshof neigte indeß zu der Annahme, daß die in Amerika befindliche Bethela ein künstlich präparirtes Pferd sei, um das Gericht zu täuschen. Die Vertheidigung beantragte die Vernehmung von 103 Zeugen in Amerika. Der Gerichtshof beauftragte Professor Eggeling von der Thierärztlichen Hochschule, der als Sachverständiger geladen war, nach Amerika zu gehen, um dort das Pferd Bethela selbst in Augenschein zu nehmen; außerdem sollen noch Zeugen in Amerika verhört werden. — Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die vom preußischen Landwirthschaftsminister Frhrn. v. Hammerstein im Reichstage angekündigte Darlegung über die landwirthschaftlichen Pfandbriefe. Es wird darin u. A. eingehend dargelegt, daß die landwirthschaftliche Nothlage für die Pfandbriefbesitzer kein Moment der Beunruhigung bietet, gerade die jetzige Krisis und ihre Einflußlosigkeit auf die Lage der Landwirthschaft biete für deren Verwaltung einen glänzenden Vertrauenstitel, weil sie zeige, mit welchem Erfolge es die Institute verstanden haben, dem in Zeiten besserer Konjunkturen häufigen Andrängen auf eine Erweiterung des Kredits in den Grenzen der gebotenen Vorsicht Rechnung zu tragen. Bezüglich der Bewilligung von 3000 Mk. an den Bund der Landwirthe seitens der Glogau-Saganer Fürstenthums-Landschaft, die im Reichstage zur Sprache gebracht worden ist, hat der damalige Landwirthschaftsminister auf die Unzulässigkeit derartiger Anwendung der landschaftlichen Fonds aufmerksam gemacht. Die Darlegung schließt mit der Versicherung, daß die Landschaften das Vertrauen, das sie in mehr als 100jähriger Entwickelung erworben haben, nach wie vor im allervollsten Maße verdienen.

Berlin. Im Hagenbeck'schen Cirkus in der Gewerbeausstellung stürzte bei der Vorführung des Grisly-Bären dieser plötzlich auf den Dresseur Möhrmann und bracht demselben schwere Verletzungen bei. Nur mit Mühe gelang es den herbeigeeilten Wärtern, den Bären mit Peitschenhieben dahin zu bringen, von seinem Opfer abzulassen. — Wie aus Darmstadt gemeldet wird, werden der Kaiser und die Kaiserin von Rußland gegen Ende September zum Besuche des Großherzogs dort erwartet. — Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ tritt der Annahme entgegen, daß der Rücktritt des Handelsministers Freiherrn v. Berlepsch einen Stillstand oder gar eine Rückwärtsbewegung in sozialreformatorischer Hinsicht bedeute. Davon könne weder im Hinblick auf die Arbeiterversicherung noch auf den Arbeiterschutz die Rede sein. Hinsichtlich des letzteren bemerkt aber das Blatt: So nothwendig solche Vorschriften gewerbepolizeilicher Natur an sich sind, so wird das Maß ihrer Ausgestaltung stets darin seine Beschränkung finden, daß man sozialreformatorische Maßregeln nicht nur stets einseitig nach der Seite der Arbeiter hin machen kann und daß man wegen der den Arbeitern gewidmeten Fürsorge die Arbeit selbst nicht vergessen darf, d. h. nicht außer Acht lassen kann, wie die Gesammtheit der Interessen des Erwerbslebens Anspruch auf Berücksichtigung hat, wo gewerbepolizeiliche Eingriffe in sein Getriebe für nothwendig erachtet werden. — Die Nachricht, der Reichskanzler Fürst Hohenlohe werde mit der Prinzessin zu Hohenlohe nach Paris reisen, um dort Dispositionen über ein Gut in der Bretagne zu treffen, welches die Prinzessin ererbt habe, wird offiziös dementirt. — Zu der Meldung, Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff habe seine Demission eingereicht, bemerkt die „Post“, ohne die Nachricht bestätigen zu wollen, es sei bekannt, daß General v. Bronsart schon seit Monaten den Wunsch hege, sich von seinem aufreibenden Amt in's Privatleben zurückziehen zu können. — Nach dem soeben erschienenen Bericht der Reichsschuldenkommission betrug die Gesammtschuld des Reiches Ende März 1895 2,231,237,000 M., deren Verzinsung 71,919,310 M. erfordert.

* **Berlin.** Der Direktor der Rheinisch-Westfälischen Bank Hermann Friedmann wurde zu 6 Jahren Zuchthaus und 7 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust von gleicher Dauer beantragt.

Thorn. Gestern und heute verhandelte das Schwurgericht im Wiederaufnahmeverfahren gegen den Käthner Kopiscki aus Zaktawien. Kopiscki und der Käthner Malinowski waren wegen Mordes, begangen an dem Baron Goltz und dem Förster Kath am 27. Oktober 1892, in Dlugimoster im Juni 1893 verurtheilt worden und zwar Malinowski zum Tode und Kopiscki zu lebenslänglichem Zuchthaus. Kurz vor seiner Hinrichtung gestand M., daß K. unschuldig verurtheilt sei. In dem nun wieder aufgenommenen Verfahren sprachen die Geschworenen heute den K. abermals schuldig. Der Staatsanwalt beantragte wiederum lebenslängliche Zuchthausstrafe; der Gerichtshof nahm aber an, daß die Geschworenen sich zum Nachtheil des Angeklagten geirrt hätten, und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das nächste Schwurgericht.

Paris. Präsident Faure übergab im Elysée dem päpstlichen Nuntius Ferrata nach hergebrachtem Ceremoniell den Kardinalshut, wobei sehr herzliche Ansprachen gewechselt wurden. Ferrata äußerte, der Papst wolle den religiösen Frieden unter Beachtung der politischen Einrichtungen des Landes herstellen, er wolle die Katholiken zu patriotischem Geiste v reinen, die Mißverständnisse beseitigen und das Mißtrauen entwaffnen, er wolle nach jeder Richtung hin Beweise seiner Fürsorge geben, welche durch nichts entmuthigt werden könne.

* **Paris.** Die Deputirtenkammer beendete die Generaldebatte über die Reform der direkten Steuern. Der Deputirte Raiberti beantragte die Ueberweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission. Der Ministerpräsident Méline erklärte, er werde die Annahme des Antrags als Mißtrauensvotum betrachten. Raiberti zog darauf seinen Antrag zurück. Die Kammer wird am Montag in die Spezialdebatte eintreten.

* **Rom.** Die Kammer vertagte die Weiterberathung der Vorlage betreffend die Einsetzung eines Civilgouverneurs für Sizilien auf Montag. Am Schlusse der Sitzung erklärte der Ministerpräsident di Rudini auf eine Anfrage Imbriani's, die Streiflichter Note über seine Erklärung in der Kammersitzung am 2. Juli sei von ihm (Rudini) eigenhändig geschrieben, weil es seine Pflicht war, seine Worte in ihrer einzig wahren Bedeutung wiederherzustellen. Wenn die Kammer seinen Erklärungen den Sinn beigelegt hätte, welchen Andere irrthümlich ihm danach zuschrieben, hätte sie wahrscheinlich nicht die auswärtige Politik der Regierung gebilligt. (Allseitige Zustimmung.) Imbriani sagte erwiedernd, nach deutschen und österreichischen Blättern scheine der Dreibund bis 1903 verlängert, und beklagte, daß die Regierung in dieser Beziehung keine Erklärung abgeben wolle. (Lärm. Ordnungsrufe.) Hierauf ward die Sitzung geschlossen.

Brüssel. Vom Kongo wird gemeldet, daß eine Faktorei von den Farbigen ausgeplündert, der Leiter derselben ermordet und aufgefressen und ein Kommis durch Pfeile schwer verletzt worden ist.

* **London.** Den Blättern zufolge hat sich das Befinden Stanley's verschlechtert.

London. Dem Reuter'schen Bureau wird aus Saloniki von gestern gemeldet, es sei der Befehl dort eingegangen, alle Reserven der Redifs und der Mustafiz einzuberufen.

London. Einer Depesche aus Shanghai zufolge hat die weitverbreitete Unzufriedenheit im Osten und Westen Chinas den Wiederbeginn der Fremden-Hetzen verursacht. Ein ernstlicher Aufstand sei an den Grenzen der Provinz Kiangsi und Schantung ausgebrochen, der das Werk eines Geheimbundes sei. In Schantung sei eine Menge eingeborener Christen ermordet, auch eine französische Mission zerstört und die bekehrten Eingeborenen zerstreut worden. Angeblich sei auch ein deutscher katholischer Missionar getödtet.

Konstantinopel. Die über Athen verbreiteten Meldungen, wonach ottomanische Truppen auf Kreta wehrlose Greise niedergemetzelt oder lebende Personen verbrannt hätten, werden von offiziöser türkischer Seite für vollständig unbegründet erklärt. Ebenso sei die Nachricht, daß die Fremden aus Besorgniß wegen der Unruhen Haleb und Smyrna massenhaft verlassen hätten, unrichtig.

Tunis. Die Leiche des Marquis Mores ist in Gabes angelangt.

Washington. Der Staatssekretär Olney versicherte den Vertreter des anglo-armenischen Vereins Prof. Agar-Beet der tiefsten Sympathie des gesammten amerikanischen Volkes für die unglücklichen Opfer gesetzloser Gewaltthätigkeiten in der Türkei, sowie des Bedauerns, daß das Concert der europäischen Mächte ermangelte, für ausreichende Maßregeln zur Sicherheit der christlichen Unterthanen des Sultans zu sorgen. Während die Nichteinmischung in die Politik Europas unumstößliche Politik der Unionsstaaten sei, würden die Bemühungen seitens der Großmächte, den Christen der Türkei den Schutz des Lebens und des Eigenthums zu sichern, die kräftige Unterstützung der Regierung wie des Volkes der Union erhalten.

Wie eine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste für Wäsche und Haushalt